

22. Januar 2012 12:56 Uhr

BAYERN

Bundeswehr: Militärjustiz kommt nach Kempten

Alle Vergehen von Soldaten in Auslandseinsätzen werden künftig zentral im Allgäu bearbeitet. Auch Potsdam und Leipzig waren als Standorte im Gespräch.



Die Bundeswehr engagiert sich seit Ende 2001 in Afghanistan. Archivfoto: ISAF dpa

Kempten Straftaten von Soldaten im Auslandseinsatz sollen künftig von einer zentralen Staatsanwaltschaft in Kempten verfolgt werden. Das geht aus einem Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums hervor. Zuvor waren Potsdam und Leipzig als Standorte im Gespräch. Bislang sind in der Regel die Gerichte und Staatsanwaltschaften an dem Ort zuständig, an dem der Soldat seinen Heimatstandort oder Wohnsitz hat.

Grund für die Zentralisierung sind die besonderen Gegebenheiten bei Straftaten im Einsatz. Die Einarbeitung in die komplizierte Materie hat oft zu Verzögerungen der Strafverfahren geführt. Bei den Verteidigungspolitikern im Bundestag stoßen die Pläne des Justizministeriums auf ein geteiltes Echo. Während aus Union und SPD positive Resonanz kommt, lehnen die Grünen die Zentralisierung ab. Sie berge „Risiken für die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und könnte der Entwicklung einer Sonderrechtsprechung für die Bundeswehr Vorschub leisten“, sagte Verteidigungsexperte Omid Nouripour.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, sprach dagegen von einem „Schritt in die richtige Richtung“. Bisher habe es häufig langwierige Verfahren gegeben. „Jetzt besteht Hoffnung, dass es für die Betroffenen schneller geht“, sagte der Oberst gegenüber unserer Zeitung. CDU-Verteidigungsexperte Ernst-Reinhard Beck erwartet „eine signifikante Verbesserung in der Frage, wie Soldaten behandelt werden“. Rainer Arnold (SPD) betonte: „Es hat in der Vergangenheit viel zu lange gedauert, bis sich die Staatsanwaltschaften ein Bild über die besonderen Erfordernisse der Streitkräfte im Einsatz machen konnten.“

Bayerns Staatskanzleichef Thomas Kreuzer (CSU, Kempten) sagte, die speziellen Fälle bei der Strafverfolgung von Soldaten würden eine hohe Fach- und Sachkenntnis erfordern. „Staatsanwälte brauchen eine entsprechende Erfahrung und müssen auch in Krisengebiete.“ Eine Zentralisierung sei deshalb notwendig. Kemptens Oberbürgermeister Ulrich Netzer betonte: „Die Übertragung der bundesweiten Zuständigkeit ist Bestätigung der guten Arbeit der Staatsanwaltschaft Kempten.“ Der CSU-Politiker sieht darin eine Aufwertung des Justiz- und Behördenstandorts im Allgäu.

Ein zentraler Justizstandort für Soldaten im Einsatz ist schon seit Jahren im Gespräch. Union und FDP hatten die Einrichtung 2009 in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Die Wahl fiel dem Gesetzentwurf zufolge auf Kempten, weil dort bereits die bayerische Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Soldaten im Auslandseinsatz ist.

[Pkw Leasing Ohne Schufa](#)

Neu- und Gebrauchtautos ohne Bankausk. über 20 Jahre Erfahrung

Mobil-Leasing24.com/Info

Google -Anzeigen

Mehr zum Thema

[Bundeswehrreform : Trostpflaster für das Allgäu](#)